Postwurfsendung **An alle Haushalte** **Nr. 1/ 2020**

TELGTE/
WESTBEVERN
SPD

Der rote Faden

Zeitung des SPD Ortsvereins Telgte/Westbevern

Guten Tag, liebe Leser*innen,

im Roten Faden finden Sie umfassende Informationen zur SPD in Telgte und Westbevern, zu unserer Politik und zu unseren Veranstaltungen.

Im letzten Jahr haben sich die beiden alten Ortsvereine Telgte und Westbevern zusammengeschlossen, um die Kräfte zu bündeln und gemeinsam die großen Herausforderungen für die Zukunft in Telgte und Westbevern zu meistern. Die Kommunalwahl im September 2020 ist der erste Meilenstein, wo wir diese Stärke im Interesse unserer Bürger*innen zeigen wollen.

Bildung und Wohnen werden neben der sozialen Gerechtigkeit die großen Herausforderungen der Zukunft hier in Telgte sein. Wir haben als einzige Partei diese Themen ganz oben auf unserer Agenda.
Seit Jahren kämpfen wir im Rat der Stadt Telgte u.a. für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr (bezahlbaren) Wohnraum und eine bessere Ausstattung der Schulen. Allerdings haben wir dabei nur teilweise Erfolg, weil oftmals die Mehrheit aus Grünen, CDU und FDP unsere Initiativen beiseite schiebt, weil andere Dinge bei ihnen im Fokus stehen. Unser größter Erfolg war im Jahr 2018 die Verabschiedung der wohnungsbaupolitischen Leitlinien für Telgte, wo bei Neubaugebieten ein Quotient von 25 – 30% für sozialgebundenen und bezahlbaren Wohnraum künftig eingehalten werden muss. Die SPD hatte im Jahr

Fortsetzung auf Seite 3 ►

Für unsere Grundschulkinder

Grundschulen in Telgte und Westbevern

Seit Jahren werden in Telgte mit atemberaubender Geschwindigkeit zusätzliche Kindergärten aus dem Boden gestampft, um den wachsenden Bedarf an Kindergartenplätzen in unserer Stadt decken zu können.

Dass all diese Kinder in den nächsten Jahren dem Kindergarten entwachsen und eine unserer vier Grundschulen besuchen werden, wird aber nicht bedacht.

Fortsetzung auf Seite 2 ►

In dieserAusgabe:

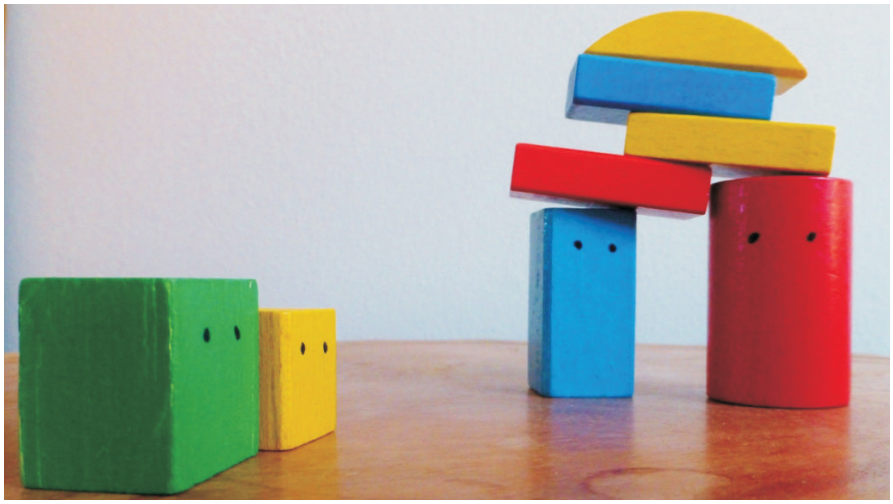
Kindergartenbedarf
Seite 2

Wohnungsmarkt
Seite 3 und 6

Ärztemangel
Seite 5

Gemeinschaftsgrundschulen statt Bekenntnisschulen
Seite 7

Der Kindergartenbedarf: Planung? Fehlanzeige!



Jahr für Jahr, üblicherweise im April, wird im Ausschuss für Jugend, Senioren, Sport und Soziales die sogenannte Kindergartenbedarfsplanung für das am ersten August beginnende Kindergartenjahr vorgestellt. Zuständig für diese Planung ist das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien beim Landrat des Kreises Warendorf. Dem Rat der Stadt Telgte kommt bei der Planung nur eine passive Rolle zu: Er muss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis nehmen. Mehr nicht. Und dann das Ganze mal eben umsetzen: ein Grundstück suchen, einen Träger finden, die KiTa bauen – und das alles in vier Monaten.

Die SPD fordert eine längerfristige Planung, um rechtzeitig genügend KiTa-Plätze bereitstellen zu können.

Dadurch, dass immer nur für das kommende Kindergartenjahr geplant wird, sind in der Vergangenheit in Telgte immer wieder Engpässe in der KiTa-Versorgung entstanden. Bei den KiTas werden die fehlenden Plätze in der Regel durch Neubauten ausgeglichen. Und hier zeigt sich das Problem: Einen Neubau in dieser kurzen Zeit zu errichten, ist auch ohne Vorschriften zur Planung, Bürgerbeteiligung und Ausschreibung zeitlich unmöglich! Deshalb fordert die SPD schon seit längerem, dass der Landrat mit seinem Kreisjugendamt längerfristige Planungen für die Bedarfe in Telgte vorlegt.

Ein Beispiel für dieses Problem ist das Baugebiet Telgte Süd-Ost. Dort sind in den vergangenen Jahren ca. 300 neue Wohneinheiten entstanden, allerdings wurde in diesem riesigen Gebiet nur eine 2-Gruppen-KiTa etabliert. Eine krasse Fehlplanung, unter deren Konsequenzen jetzt zum einen die Anwohner*innen an der Georg-Muche-Straße leiden müssen, gegen deren Widerstand der Bau der dortigen KiTa durchgesetzt werden musste. Zum anderen leiden auch die Eltern im Baugebiet, da sie jetzt längere Anfahrtswege zu anderen KiTas in Kauf nehmen müssen. Verantwortlich für diese Situation sind der Landrat und sein Jugendamt, die die KiTa-Bedarfe nicht mittelfristig im Blick hatten und die Stadt Telgte dadurch in Zugzwang brachten.

Bei dieser Vorgehensweise von Kindergartenbedarfs“planung“ zu sprechen ist ein Hohn!

Bei einer ordentlichen, langfristigen Planung könnten verschiedene Handlungsalternativen gegeneinander abgewogen werden, um schließlich die für die Stadt und die Bürger*innen beste Entscheidung zu treffen. Deshalb ist es notwendig, dass der Kreis längerfristige Planungen vorlegt, damit solch wichtige Entscheidungen wie die Standortauswahl und Größe einer KiTa nicht überstürzt getroffen werden müssen und Eltern und Kinder nicht monatelang auf einen KiTa-Platz in sich im Bau befindlichen KiTas warten müssen.

Unser Fazit: Bei der KiTa-Planung muss dringend ein Umdenken in den Köpfen der Planer*innen erfolgen!

Ingo Deitmer

Fortsetzung von Seite 1

Die wachsende Schüler*innenzahl ist jedoch nicht die einzige Herausforderung, vor der die Grundschulen stehen.

Hinzu kommt:

- die Heterogenität innerhalb der Klassen
- die Notwendigkeit von inklusivem Unterricht
- die Integration teilweise traumatisierter Flüchtlingskinder
- der Wandel von der Halbtags- zur Ganztagsschule
- der Wandel vom Frontalunterricht zu zunehmend vielfältigeren Lehr- und Lernmethoden

Um all diese Aufgaben bestmöglich bewältigen zu können, fordert die SPD-Fraktion unverzüglich Maßnahmen zur Erweiterung, Sanierung und Instandhaltung der Grundschulgebäude unter der Berücksichtigung der Räumlichkeiten und Bedürfnisse für die Offenen Ganztagsschulen und ‚Bis-Mittag-Betreuung‘ zu unternehmen.

Zur kurzfristigen Verbesserung der Lehr- und Arbeitsumgebung an unseren Grundschulen wollte die SPD-Fraktion für den Haushalt 2020 zusätzliche Finanzmittel bereitstellen, damit an den Grundschulen schnellstmöglich vorübergehender Schulraum entstehen kann. Dadurch sollte u.a. gewährleistet werden, dass in Telgte die Schuleingangsklassen anhand der Anzahl der Schüler und nicht anhand der verfügbaren Räumlichkeiten an den Grundschulen gebildet werden.

Leider lehnten die Verwaltung und die anderen Fraktionen im Rat der Stadt dies ab. Das Prinzip ‘Kurze Beine, kurze Wege’ wird mit Füßen getreten, denn so wird es nicht für alle Schüler*innen möglich sein, die Grundschule zu besuchen, die ihrem Wohnort am nächsten liegt.

Die SPD wird weiter dafür kämpfen, den Grundschulen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die teils mangelhafte Ausstattung zu ersetzen und erweitern und mehr Raum für die Schüler*innen zu schaffen..

Björn Jung

Bezahlbarer Wohnraum für Telgte

Derzeit gibt es in Telgte 189 geförderte Sozialwohnungen, in denen Menschen mit niedrigem Einkommen und einem Wohnberechtigungsschein leben. Allerdings besteht bei gefördertem Wohnraum das Problem, dass die Förderung auf einen Zeitraum von 15-20 Jahren beschränkt ist. Danach können die Wohnungseigentümer*innen die Mieten frei festlegen oder sogar die Wohnungen als Eigentumswohnungen veräußern. Daher ist es eine permanente Aufgabe der Kommune, für den Ersatz der geförderten Wohnungen zu sorgen.

Die Stadt Telgte hat sich zu lange vor diesem Thema gedrückt und die Wohnungspolitik vernachlässigt. Auf Anfrage der SPD hat der Kreis Warendorf die Daten über die geförderten Wohnungen in Telgte zur Verfügung gestellt. Das Bild, das sich ergibt ist erschreckend!

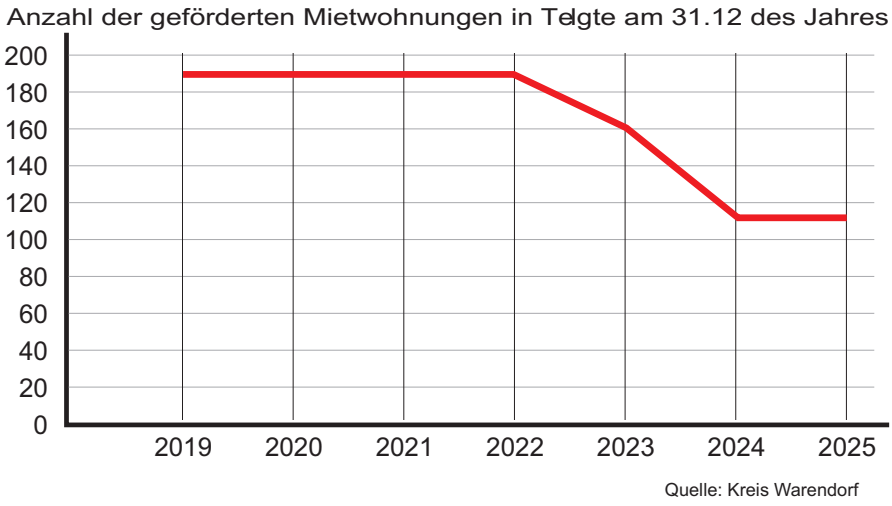
In den nächsten 5 Jahren verliert Telgte mehr als 42% der geförderten Mietwohnungen.

Von den 189 geförderte Mietwohnungen in Telgte fallen 30 Wohnungen im Laufe des Jahres 2023 aus der Förderung heraus. Die fatale Konsequenz dürfte darin bestehen, dass die derzeitigen Mieter*innen die möglicherweise höheren Mieten nicht mehr bezahlen können oder im Falle eines Verkaufs der Wohnungen sogar wegen Eigenbedarfs gekündigt werden. Die Situation verschärft sich im Laufe des Jahres 2024 dann nochmals: Es fallen weitere 50 Wohnungen aus der sogenannten Mietpreisbindung. Somit stehen am 01.01.2025 insgesamt 80 geförderte Wohnungen weniger in Telgte zur Verfügung. Daher wird es zunehmend wichtig, Objekte zu fördern, also günstigen Wohnraum in sehr großer Mengenzahl zu schaffen.

Jetzt kann man denken, dass mit dem neuen Baugebiet Telgte Süd das Problem doch gelöst wird. Bei 30% geförderten Wohnungen in diesem Baugebiet sollte das Problem sich doch gar nicht stellen. Falsch gedacht! Sollten ursprünglich ca. 330 Wohneinheiten entstehen, so sind es nunmehr nach der Aufgabe des dritten Bauabschnitts nur noch ca. 265 Wohneinheiten. Bei einer angestrebten Quote von 30% für den geförderten Wohnungsbau stehen nicht 99 geförderte Mietwohnungen zur Verfügung, sondern lediglich 80.

Damit ist klar, dass das Baugebiet Telgte Süd das Problem des zu erwartenden Mangels an günstigem Wohnraum auf dem Telgter Mietmarkt nicht wird lösen können. Lediglich der Ersatz der sowieso wegfallenden geförderten Wohnungen kann durch dieses Baugebiet erfolgen. Bisher gibt es keine konkreten Pläne der Stadt, für den weiteren Bedarf Angebote in Telgte zu schaffen. Die SPD Telgte/Westbevern bleibt jedoch an dem Thema dran und wird weiterhin in der Ratsarbeit darauf drängen, dass auch für Telgter Bürger*innen mit geringem Einkommen zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Ingo Deitmer



Fortsetzung von Seite 1

2017 die Initiative gestartet und der Rat hatte die Leitlinien nach über einjähriger Diskussion verabschiedet.

Wir werden uns auch in Zukunft weiter für Ihre Interessen einsetzen, wie wir es bereits in der Vergangenheit getan haben. Im nächsten Jahr feiert die SPD in Telgte ihr 100-jähriges Jubiläum. Wir sind darauf besonders stolz, weil wir die einzige Partei sind, die in Telgte über eine so lange Tradition verfügt. Das ist für uns eine Herausforderung und Verpflichtung zugleich.

Haben Sie Anregungen oder Fragen oder möchten Sie uns kennenlernen? Gehen Sie auf unsere Homepage, besuchen Sie uns auf Facebook. Sprechen Sie uns an, indem Sie bei unseren Infoabenden vorbeikommen, schreiben Sie eine Mail (Klaus.resnischek@t-online.de) oder rufen Sie uns an (02504/8055 oder 01715618547) – wir freuen uns auf Sie und sind offen für Ihre Meinung!

Wenn Sie gerne diskutieren, sich einbringen und die Zukunft von Telgte mitgestalten wollen, sind Sie bei uns herzlich willkommen. Politik macht Spaß - dafür sorgen auch die Veranstaltungen im Ortsverein Telgte/Westbevern. Machen Sie mit!

Klaus Resnischek
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Telgte sowie des SPD-Ortsverein Telgte/Westbevern

Impressum

Herausgeber:
SPD Ortsverein Telgte/Westbevern

Redaktionelle Verantwortung:
Klaus Resnischek

Chefredakteurin:
Pia Pellmann

Gestaltung:
Paul Pellmann

Autoren:
Tobias von dem Berge
Ingo Deitmar
Björn Jung
Klaus Resnischek

Ein Kreisverkehr an der K50n

für mehr Sicherheit für unsere Bürger*innen

Telgte wächst im Süden und Süd-Osten. Um die neuen Wohngebiete besser an die Umgebung anzubinden, wird die Delsener Heide als Kreisstraße K50n bis zur Warendorfer Straße verlängert. So wird eine direkte Verbindung zwischen der Alverskirchener Straße und der Warendorferstraße, die in die B64 in Richtung Warendorf mündet, geschaffen, was zu einer Entlastung des Telgter Stadtkerns führt.

Allerdings trennt die K50n, auf der eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70km/h gelten wird, das Wohngebiet Telgte Süd-Ost vom Grüngürtel Delsener Heide. Um die Überquerung der Straße für Fußgänger*innen sicherer zu gestalten, wurden zwei Mittelinseln errichtet. Diese werden auch von den Schüler*innen der Brüder Grimmschule genutzt, um von der Bushaltestelle nach Hause ins Wohngebiet zu laufen. Auf der Mittelinsel können die Schüler*innen zwar geschützt stehen, allerdings können Autos die hren Mittelinseln passieren, ohne abzubremsen. Wie die Westfälischen Nachrichten berichteten, haben die Eltern der Schüler*innen bereits auf die damit einhergehenden Gefahren für ihre Kinder hingewiesen und das Gespräch mit Bürgermeister Wolfgang Pieper gesucht – bisher ohne Ergebnis. Auch der Versuch, eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h beim Kreis Warendorf durchzusetzen, scheiterte.

Die Autos werden 70km/h fahren dürfen – direkt neben dem Wohngebiet.

Da insbesondere auf geraden Strecken die Höchstgeschwindigkeit erfahrungsgemäß deutlich überschritten wird und die K50n direkt an ein Wohngebiet mit vielen Familien grenzt, müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Sicherheit für die Bürger*innen dort zu erhöhen. Daher hat die Ratsfraktion der SPD den Antrag gestellt, einen Kreisverkehr an der Kreuzung Delsener Heide und Blumenbergstraße zu errichten. So könnte das Wohngebiet wesentlich sicherer mit dem Grüngürtel verbunden werden. Durch den Kreisverkehr würde der Verkehr ausgebremst, wodurch sich nicht nur die Sicherheit für die Bürger*innen erhöht, sondern auch die Lärmbelastung verringert.

Die Sicherheit der Bürger*innen hat für die SPD oberste Priorität!

Auch wenn der Bürgermeister und die drei anderen Ratsfraktionen in Telgte weiterhin die preislich günstigeren Mittelinseln favorisieren und unseren Vorschlag der Einrichtung eines Kreisverkehrs mehrfach abgelehnt haben, wird die SPD hartnäckig bleiben und sich für diese Lösung einsetzen. Die Sicherheit der Bürger*innen hat für uns oberste Priorität und ist wichtiger, als Kosten einzusparen!

Tobias von dem Berge

Die Abbildung zeigt den Verlauf der K50n mit dem von der SPD geforderten Kreisverkehr.

Drohender Ärztemangel

Das Durchschnittsalter der Hausärzte in Telgte liegt mittlerweile bei über 60 Jahren. Knapp die Hälfte der Ärzte ist sogar älter als 65.

Viele der Allgemeinmediziner*innen praktizieren nur noch in Teilzeit und werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Die intensive Suche der Ärzt*innen nach Nachfolger*innen gestaltet sich jedoch jetzt schon äußerst schwierig. Nicht nur die mögliche Schließung von Arztpraxen ist zu befürchten, auch die benachbarten Apotheken könnten betroffen sein.

Während sich die Fachärzt*innen immer mehr in größeren Zentren, häufig in der unmittelbaren Nähe von Krankenhäusern, konzentrieren, muss die Grundversorgung durch Hausärzt*innen und Apotheken weiterhin ortsnah stattfinden. Daher ist es unbedingt erforderlich, dass nicht nur in Telgte die Arztpraxen erhalten bleiben, sondern auch in Westbevern, wo immerhin knapp ein Viertel der Telgter Bevölkerung wohnt. Ärzt*innen und Apotheken sollen auch weiterhin für unsere Bürger*innen fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar sein.

Die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) erkennt die drohende Unterversorgung allerdings nicht. Stattdessen spricht die KVWL von einer Überversorgung – und das hat Konsequenzen: Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen für Westfalen-Lippe hat mit einem Beschluss vom 21.05.2019 eine Zulassungssperre für Ärzt*innen für den Mittelbereich Warendorf, zu dem auch Telgte gehört, aufgrund dieser angeblichen Überversorgung verhängt. Somit dürfen sich in Telgte und Westbevern gar keine neuen Ärzt*innen niederlassen. Die Altersstruktur der hiesigen Ärzteschaft wird dabei völlig ignoriert. Erst wenn eine*r der Ärzt*innen in Rente gegangen ist, besteht die Möglichkeit, dass sich neue Ärzt*innen ansiedeln. Aber dann wird der Mangel bereits da sein!

Die hausärztliche Versorgung muss ortsnah stattfinden!

Deshalb fordert die SPD-Fraktion, neue Wege bei der Hausarztversorgung in Telgte zu gehen. Die Stadt muss den aktuellen Entwicklungen aktiv entgegenwirken, da ansonsten der (hausärztliche) Versorgungsnotstand absehbar ist. Telgte

Hierzu soll, analog zum Büsumer Hausarzt-Modell, in Telgte ein gemeinsamer Prozess mit der Politik, den Ärzt*innen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung initiiert werden, um eine gute Hausarztversorgung in Telgte und Westbevern auch in den nächsten Jahren sicherzustellen. Einige Kreise im Münsterland machen es uns schon vor: Sie bieten jungen Mediziner*innen die Möglichkeit, ein Stipendium zu erhalten, wenn sie sich dazu verpflichten, sich für eine bestimmte Zeit im jeweiligen Kreisgebiet auf dem Land niederzulassen. Dies wäre auch für Telgte ein zukunftsweisendes Konzept!

Auch der Blick nach Ostbevern lohnt sich. Dort gibt fast genauso viele Hausärzt*innen wie in Telgte – dabei hat Ostbevern 9.000 Einwohner*innen weniger! Und nicht nur das: Auch der Altersschnitt der Ärzt*innen ist deutlich geringer als in Telgte. Daher ist es wichtig, zu analysieren, was Ostbevern besser macht als Telgte und diese Strategien in Zukunft auch für Telgte zu nutzen.

Klaus Resnischek

Der Wohnungsmarkt in Telgte aktuelle Trends

„Wohnen ist heute mehr als eine reine Unterkunft. Wohnen ist Teil unserer Kultur und der Selbstverwirklichung des Menschen!“

Diese Einschätzung des Sozialdemokraten Günter Bantzer ist simpel und richtig. Wichtiger ist: Sie gilt heute mehr denn je.

Der Telgter Mietmarkt ist durch die Nähe zu Münster gekennzeichnet. Das bedeutet, dass die hohen Mieten in Münster auf den Markt in Telgte ausstrahlen und auch bei uns zu erhöhten Mieten führen.

Die Mieten in Telgte sind die höchsten im gesamten Kreis Warendorf.

Für die Bezieher*innen kleiner Einkommen bedeutet das, dass sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben müssen. Von dieser Problematik sind häufig ältere Menschen betroffen, die nach ihrer aktiven Berufstätigkeit sowieso mit einem geringeren Einkommen zurechtkommen müssen.

Wachsende Nachfrage nach kleinen Wohnungen

Dies ist einer der Gründe, weshalb die Nachfrage nach kleinen Wohnungen und Wohnkonzepten für Alleinstehende stetig steigt.

In Telgte hat sich weder der Rat noch die Verwaltung mit diesem Thema beschäftigt.

So wurden bei der schnellen Vermarktung des Baugebiets Telgte Süd-Ost nahezu ausschließlich Ein- oder Zweifamilienhäuser im Bebauungsplan zugelassen. Ein fataler Fehler, wie sich herausgestellt hat. Es fehlen heute nicht nur kleine Wohnungen, für die dort ansässigen Familien fehlt auch die soziale Infrastruktur (Kindergartenplätze, Grundschulkapazitäten, Spiel- und Bolzplätze).

Die SPD Telgte/Westbevern wird sich in den nächsten Monaten dieses Themas annehmen und sich dafür einsetzen, dass im Bebauungsplan für Telgte Süd mehr kleine Wohnungen und Appartements eingeplant werden, um den steigenden Bedarf auszugleichen.

Wohnen im Alter

Ein weiteres Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt, sind Wohnkonzepte für alte Menschen. Das Pflegeheim ist dabei nicht mehr die einzige Alternative zur Pflege in den eigenen vier Wänden. Auch Wohngemeinschaften für alte Menschen, in denen sie relativ eigenständig leben und bei Bedarf gepflegt und betreut werden können, erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Daher stellt sich die Frage: Gibt es solche Konzepte in Telgte? Gibt es Daten darüber, ob solche Modelle in Telgte nachgefragt werden?

Cohousing – gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt

Ein anderer Trend am Wohnungsmarkt spielt in der Diskussion in Telgte bisher überhaupt keine Rolle: das gemeinschaftliche Wohnen, auch Cohousing genannt. Darunter fallen Wohnkomplexe, bei denen zusätzlich zu den privaten Wohnräumen zahlreiche Räume zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen (z.B. große Küchen und Esszimmer). Dort leben alte und junge Menschen, Singles, Paare, Familien und Alleinerziehende zusammen. Solidarität spielt dabei eine wichtige Rolle:

Es geht um Gemeinschaft, die auf Gegenseitigkeit beruht.

Die verschiedenen Wohnprojekte unterscheiden sich erheblich bezüglich Faktoren wie Bewohner*innenzahl, Altersstruktur oder Investitionsvolumen. Manche Gruppen möchten einen Neubau errichten, andere im Bestand umbauen. Die Kombination von frei-finanziertem und geförderten Wohnungen unter einem Dach ermöglicht in einigen Projekten auch Interessenten mit geringeren finanziellen Spielräumen die Teilnahme. Solche zukunftsweisenden Wohnkonzepte wären eine Bereicherung für den Telgter Wohnungsmarkt. Deshalb ist es ein Ziel der SPD, die Schaffung solcher Wohnkonzepte in Telgte zu unterstützen und voranzutreiben.

Ingo Deitmer

Es ist Ihr roter Faden!

Der rote Faden soll Ihnen alle Informationen zur SPD und ihren Zielen liefern. Uns ist es wichtig, dass Sie umfassend informiert sind. Deshalb interessiert uns:

Welche Themen sind für Sie wichtig?
Haben Sie Fragen an die SPD Telgte / Westbevern?
Möchten Sie mit Ihrer Meinung zum roten Faden beitragen?

Schreiben Sie einen Leserbrief, schicken Sie uns Fragen, Anregungen, Kritik oder nennen Sie uns die Themen, zu denen die SPD im roten Faden Stellung beziehen soll. Sie erreichen uns unter:

spd.telgte+Leserbrief@gmail.com
Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

Statement der SPD

zur Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen.

Die SPD spricht sich klar für die Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen aus.
Wenn die Religionszugehörigkeit das entscheidende Kriterium ist, das über die Aufnahme an einer Schule entscheidet, kann es passieren, dass (Nachbars)Kinder mit unterschiedlicher oder keiner Religionszugehörigkeit nicht miteinander zur Schule gehen können und Freundschaften zerrissen werden. Statt das Prinzip 'kurze Beine, kurze Wege' zu verwirklichen, werden nicht katholische Kinder vom Telgter Süden mit Taxibussen in den Telgter Norden gefahren, um dort zur Schule zu gehen. Um dieses Problem zu entschärfen, hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt dem Antrag zum Start des Prozesses zur Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen zugestimmt. Wir sagen ganz klar, dass die Religionszugehörigkeit kein Auswahlkriterium in staatlichen Schulen sein sollte. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um das Verfahren durchzuführen und die Eltern entscheiden zu lassen, welche Schulart sie sich für ihre Kinder wünschen.

Klaus Resnischek

Gemeinschaftsgrundschulen

statt Bekenntnisschulen

In Telgte sind die Don Bosco-Schule, die Marienschule und die St. Christophorus-Schule katholische Bekenntnisschulen. Das heißt, an diesen Schulen werden die Schüler*innen nach den Grundsätzen des katholischen Glaubens unterrichtet und erzogen.

Der katholische Glaube ist nicht zwingend notwendig für den Besuch dieser Schulen. Werden jedoch mehr Kinder bei der Schule angemeldet, als diese aufnehmen kann, ist die Religionszugehörigkeit das Auswahlkriterium, das darüber entscheidet, welche Kinder aufgenommen werden und welche nicht.

Die Brüder-Grimm-Schule hingegen ist eine Gemeinschaftsgrundschule. Dort lernen Schüler*innen aller Glaubensrichtungen gemeinsam. Im Fach Religion findet dann hingegen ein getrennter Unterricht statt. Für die Aufnahme spielt die Religionszugehörigkeit keine Rolle. Stattdessen entscheiden Kriterien wie die Länge des Schulwegs, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis, ein ausgewogenes Verhältnis von Schüler*innen unterschiedlicher Muttersprachen oder die Frage, ob bereits ein Geschwisterkind die Schule besucht.

Durch die Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen sollen die Schüler*innen gleichmäßig auf die vier Grundschulen verteilt und die Kriterien zur Aufnahme von Schüler*innen vereinheitlicht werden. Dies würde für eine größere Chancengleichheit, mehr Gerechtigkeit und eine bessere Umsetzung des Prinzips „Kurze Beine - kurze Wege“ in Zukunft sorgen. Deswegen hat der Rat der Stadt Telgte mehrheitlich beschlossen, den Prozess zur Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen zu beginnen. Dieser Prozess sieht wie folgt aus:

Februar 2020:
Die jeweiligen Schulkonferenzen der katholischen Bekenntnisschulen beschließen die Änderung der Schulart.

02.04.2020:
Der Rat der Stadt Telgte beschließt die Umwandlung der drei Bekenntnisschulen zu Gemeinschaftsgrundschulen.

20.04.-04.05.2020:
Die Eltern an jeder der Bekenntnisgrundschulen stimmen per Briefwahl über die Umwandlung der Schule ihrer Kinder ab.

06.05.2020:
Das Ergebnis der Abstimmung in den einzelnen Schulen wird bekanntgegeben.

25.06.2020:
Wenn die Eltern für eine Umwandlung gestimmt haben, beschließt der Rat der Stadt die Änderung der Schulart.

Wie läuft die Wahl ab?

Die Abstimmung erfolgt per Briefwahl. Die Eltern jedes Kindes, das eine der drei Bekenntnisschulen besucht, haben gemeinsam bei dem Abstimmungsverfahren eine Stimme (für jedes ihrer Kinder, das die Schule besucht). Für jede einzelne Bekenntnisschule wird seperat abgestimmt. Somit ist auch auch möglich, dass nur eine oder zwei der Bekenntnisschulen zu Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden. Damit die Umwandlung der jeweiligen Bekenntnisschule erfolgen kann, müssen mehr als 50 aller Eltern(paare), die aktuell Kinder an dieser Bekenntnisschule haben, an der Abstimmung teilnehmen und für die Umwandlung stimmen. Nicht abgegebene Stimmen gelten automatisch als „Nein“-Stimme. Daher ist es (gerade für Befürworter*innen der Umwandlung) von großer Wichtigkeit, an der Abstimmung teilzunehmen.

Björn Jung

Aufruf zur Wahl

Stimmen Sie bitte Ende April ab über die Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen.

Jede nicht abgegebene Stimme wird als Stimme GEGEN die Umwandlung und FÜR die Beibehaltung der Bekenntnisschulen gezählt.

Ein besonderer Appell geht an die Eltern der Kinder im 3. und 4. Schuljahr: Bitte stimmen Sie ebenfalls ab, auch falls die Änderung der Schulart für Ihre Kinder keine Auswirkungen mehr haben wird. Ihre Stimme entscheidet mit für die Kinder der nachfolgenden Eingangsklassen, die jetzt noch in der Kita sind.

Position der SPD zum geplanten Ausbau der B51 bis Telgte

1.
Die SPD Telgte/Westbevern ist gegen den geplanten vierspurigen Ausbau der B51 bis zur Kreuzung Kiebitzpohl in Telgte.

2.
Die SPD favorisiert die Planvariante 5 im Verkehrsgutachten des Dr. Ziegler. In diesem Planfall 5 erfolgt der 4-streifige Ausbau der B51 nur bis zum Anschluss Lützowstraße. Weiter östlich bleibt die Straße 2-streifig im Bestand erhalten, dies bezieht sich auch auf den Knotenpunkt Jägerhaus. Diese Variante hat 2 Vorteile: Die Flaschenhalsfunktion (Übergang von 4 auf 2 Spuren) ist weder an der Kreuzung am Ortseingang in Handorf noch am Ortseingang Telgte (Kiebitzpohl) vorhanden. Sie befindet sich auf freier Strecke. Die Bundeswehr kann problemlos von der B51 in die Lützowstraße einbiegen.

3.
Die SPD nimmt zum jetzigen Zeitpunkt an dieser Stelle nur eine Bewertung des von Straßen-NRW vorgelegten Verkehrsgutachtens von Dr. Ziegler vor. Das ersetzt nicht eine spätere Bewertung und Abwägung im planungsrechtlichen Verfahren. Hierzu muss erst eine Planung vom Landesbetrieb Straßen-NRW aufgesetzt werden.

4.
Die SPD wird im Rat der Stadt Telgte einen Prüfauftrag beantragen, der den Bürgermeister verpflichtet, gemeinsam mit der Stadt Münster die Einrichtung einer S-Bahnlinie zwischen Münster und Telgte zu prüfen. Diese S-Bahnlinie kann in einem wesentlich schnelleren Takt die Verbindung zwischen den beiden Städten bedienen und somit einen Teil des Individualverkehrs von der Straße auf die Schiene bringen. Diese S-Bahn muss selbstverständlich mit den Fahrtzeiten der Eurobahn korrespondieren.

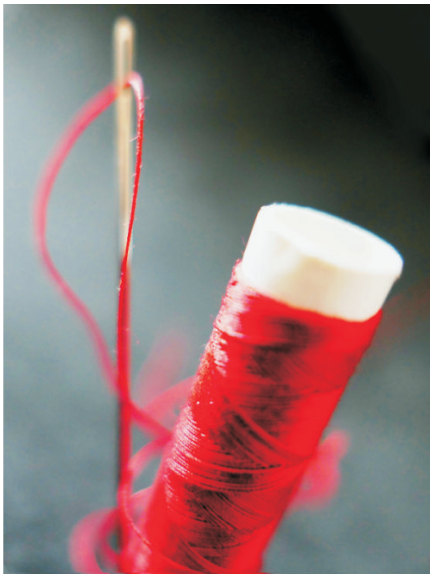
5.
Die SPD setzt weiterhin auf neue technologische Entwicklungen. Dazu gehören zum einen die Möglichkeiten neuer Verkehrstechnologien wie autonomes Fahren sowie die stärkere Nutzung des mobilen Arbeitens.

Klaus Resnischek

Sie wollen auch in Zukunft nicht *den roten Faden* verlieren?

Die nächsten Ausgaben des roten Fadens gibt es nur online!

Melden Sie sich bei unserem Newsletter an und erhalten Sie den roten Faden kostenlos per Mail unter
spd.telgte+RoterFaden@gmail.com

oder nutzen Sie den QR-Code:

Natürlich können Sie den roten Faden auch jederzeit auf unserer Homepage lesen unter www.spd-telgte.de